

## Osten protestiert bei Merkel gegen Braunkohle-Benachteiligung

MAGDEBURG Die Novelle der Ökostrom-Förderung könnte für die Braunkohleförderung im Osten ein harter Schlag werden – denn im Gegensatz zur Steinkohle soll es keine Ausnahmen geben.

Die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder haben mit einem Brandbrief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gegen eine Benachteiligung der Braunkohle im Vergleich zur Steinkohle protestiert.

"Bitte lassen Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, nicht zu, dass entgegen aller Absprachen die Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohle nachhaltig geschädigt wird", heißt es in dem Schreiben, das die Regierungschefs von Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am Dienstag aufsetzten. Hintergrund ist eine Regelung im geplanten neuen Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG). Danach kann die vor allem in Nordrhein-Westfalen geförderte Steinkohle von der Ökostrom-Umlage befreit werden. Für die vor allem im Osten geförderte Braunkohle soll diese Regelung aber nicht gelten. Die Ministerpräsidenten werfen der Kanzlerin vor, trotz Zusage bisher keine Lösung gefunden zu haben. "Leider ist bis zum heutigen Tag nichts passiert", heißt es in dem Schreiben. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass der Braunkohle der Garaus gemacht werde.

Neben der Versorgungssicherheit stehe auch die Kostendämpfung für die Energiewende auf dem Spiel, weil die Braunkohle der günstigste Energieträger sei. Große Lagerstätten an Braunkohle gibt es unter anderem im Lausitzer Braunkohlerevier, das sich auf Gebiete von Brandenburg und Sachsen erstreckt.

In Sachsen-Anhalt wird im Tagebau Profen nördlich von Zeitz Braunkohle gefördert. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hatte erst am Wochenende betont, er setze auch in Zukunft auf einen Mix aus Braunkohle und erneuerbarer Energie. Dabei solle die Kohleverstromung das Netz stabilisieren. In Sachsen-Anhalt wird bereits seit mehreren Jahren auch über die Errichtung eines neuen Braunkohlekraftwerks diskutiert.

dpa/uf

# Mitteldeutsche Zeitung

Braunkohle-Benachteiligung

## Ostdeutsche Ministerpräsidenten verfassen Brandbrief an Merkel

08.04.2014 16:36 Uhr | Aktualisiert 08.04.2014 19:41 Uhr , Zugriff: 009.04.2014 | 08:40 Uhr

Die Novelle der Öko-Stromförderung könnte für die Braunkohleförderung im Osten ein harter Schlag werden - denn im Gegensatz zur Steinkohle soll es keine Ausnahmen geben. Die Regierungschefs sind alarmiert.

MAGDEBURG/DPA. Die Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder haben mit einem Brandbrief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gegen eine Benachteiligung der Braunkohle im Vergleich zur Steinkohle protestiert.

„Bitte lassen Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, nicht zu, dass entgegen aller Absprachen die Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohle nachhaltig geschädigt wird“, heißt es in dem Schreiben, das die Regierungschefs von Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am Dienstag aufsetzten.

### **Braunkohle ist günstiger Energieträger**

Hintergrund ist eine Regelung im geplanten neuen [Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien \(EEG\)](#). Danach kann die vor allem in Nordrhein-Westfalen geförderte Steinkohle von der Ökostrom-Umlage befreit werden. Für die vor allem im Osten geförderte Braunkohle soll diese Regelung aber nicht gelten.

Die Ministerpräsidenten werfen der Kanzlerin vor, trotz Zusage bisher keine Lösung gefunden zu haben. „Leider ist bis zum heutigen Tag nichts passiert“, heißt es in dem der Nachrichtenagentur dpa vorliegenden Schreiben. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass der Braunkohle der Garaus gemacht werde. Neben der Versorgungssicherheit stehe auch die Kostendämpfung für die Energiewende auf dem Spiel, weil die Braunkohle der günstigste Energieträger sei.

### **Haseloff setzt auf Mix aus Braunkohle und erneuerbarer Energie**

Große Lagerstätten an Braunkohle gibt es unter anderem im Lausitzer Braunkohlerevier, das sich auf Gebiete von Brandenburg und Sachsen erstreckt. In Sachsen-Anhalt wird im Tagebau Profen nördlich von Zeitz Braunkohle gefördert. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hatte erst am Wochenende betont, er setze auch in Zukunft auf einen Mix aus Braunkohle und erneuerbarer Energie. Dabei solle die Kohleverstromung das Netz stabilisieren. In Sachsen-Anhalt wird bereits seit mehreren Jahren auch über die Errichtung eines neuen Braunkohlekraftwerks diskutiert.

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/protestbrief-ost-ministerpraesidenten-beklagen-bei-merkel-die-benachteiligung-der-braunkohle/r-mitteldeutschland-a-234080.html>



Mitteldeutschland

## **Protestbrief: Ost-Ministerpräsidenten beklagen bei Merkel die Benachteiligung der Braunkohle**

*Dieter Wonka* © LVZ-Online, 08.04.2014, 15:14 Uhr, Zugriff: 09.04.2014 | 09:40 Uhr

Leipzig. Die ostdeutschen Ministerpräsidenten befürchten „entgegen aller Absprachen“ eine „nachhaltige Schädigung der Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohle“ im Rahmen der Verhandlungen der Bundesregierung mit der EU-Kommission über die zukünftige Ausgestaltung der Besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz.

In einem der „Leipziger Volkszeitung“ (Mittwoch-Ausgabe) vorliegenden Protestbrief an die Bundeskanzlerin, den Sachsens Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) im ausdrücklichen Auftrag der Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Rainer Haseloff (CDU), Brandenburgs Dietmar Woidke (SPD) und Thüringens Christine Lieberknecht (CDU), geschrieben hat, fordert Tillich von der Kanzlerin ein sofortiges Eingreifen.

Bereits am Mittwoch dieser Woche wolle die EU-Kommission eine Beihilfelinie verabschieden. Bisher, so die Ministerpräsidenten, „soll zwar der Steinkohlebergbau, nicht aber die Braunkohlegewinnung privilegiert worden“. Damit wäre die Braunkohle gegenüber anderen konventionellen Energieträgern deutlich benachteiligt. „Zum anderen würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen gegenüber osteuropäischen Braunkohle-Kraftwerken im gemeinsamen Strommarkt deutlich leiden“, heißt es in dem Protestbrief.

Ohne den „günstigsten Energieträger“ – die Braunkohle – wäre auch die angestrebte Kostendämpfung bei der künftigen Energieversorgung gefährdet. All das stelle für den heimischen Braunkohlebergbau, „der nicht nur für Wertschöpfung und Arbeitsplätze, sondern auch für die Sicherung der notwendigen Grundlast-Stromerzeugung sorgt, „ein unakzeptables Ergebnis dar“.

[http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen\\_anhalt/7\\_tage\\_news/1258046\\_Beschwerdebrieff-an-die-Kanzlerin.html](http://www.volksstimme.de/nachrichten/sachsen_anhalt/7_tage_news/1258046_Beschwerdebrieff-an-die-Kanzlerin.html)

**Volksstimme.de**

Braunkohleförderung

## Beschwerdebrieff an die Kanzlerin

09.04.2014 07:57 Uhr | Zugriff: 09.04.2014 | 09:45 Uhr

Die Steinkohlenförderung kann von der teuren Ökostromumlage befreit werden - die Braunkohlenbranche aber nicht. So steht es im Entwurf des neuen Stromgesetzes (EEG). Der Osten protestiert.

Magdeburg | Die Ereignisse überschlugen sich am Dienstag Nachmittag. Kaum hatte Sachsen-Anhalts Ministerriege beschlossen, der Braunkohle im neuen, bis 2030 reichenden Energiekonzept einen festen Platz einzuräumen, traf eine ernüchternde Botschaft aus Berlin ein: Im Entwurf des neuen Ökostromgesetzes (EEG) steht, dass die Braunkohlenbranche nicht mehr von der Zahlung der EEG-Umlage befreit wird. Die Steinkohle aber schon. Das heißt: Da mit jeder Kilowattstunde gut 6 Cent Umlage zur Finanzierung des Wind- und Sonnenstroms kassiert werden, kämen auf den Braunkohlenbergbau Millionenlasten zu.

An der Branche hängen im Osten Tausende Arbeitsplätze. Steinkohle wird noch im Westen gefördert. "Das ist eine nicht hinnehmbare Ungleichbehandlung", sagte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU). Er und seine Kollegen Stanislaw Tillich (CDU/Sachsen), Dietmar Woidke (SPD/Brandenburg) und Christine Lieberknecht (CDU/Thüringen) verfassten einen Beschwerdebrieff an Angela Merkel (CDU). "Bitte lassen Sie, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, nicht zu, dass entgegen aller Absprachen die Wettbewerbsfähigkeit der Braunkohle nachhaltig geschädigt wird", heißt es in dem Schreiben. "Wir stehen zur Energiewende", betonte Haseloff. "Aber wir brauchen die Braunkohle noch für einige Jahrzehnte, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten."

Kohlekraftwerke decken den Grundbedarf ab und liefern auch dann Strom, wenn nicht genügend Wind bläst oder keine Sonne scheint. Noch schneller einspringen können Gaskraftwerke, allerdings muss das meiste Gas importiert werden.

Im Energiekonzept setzt Sachsen-Anhalt auf einen Ausbau des Ökostroms "mit Augenmaß", sagte Wirtschafts-Staatssekretärin Tamara Zieschang (CDU). Rechnerisch kann 2030 der gesamte Bedarf des Landes aus Ökostromquellen gedeckt werden. Praktisch würde das aber nur mit Stromspeichern funktionieren, für die es nach Einschätzung der Regierung in naher Zukunft noch keine wirtschaftliche Lösung gibt.

Hohe Netzgebühren im Osten

Ein weiterer Ost-West-Konflikt zeichnet sich bei der Netzfinanzierung ab. Wegen des hohen Ökostromanteils im Osten zahlen die Haushalte hier höhere Netzentgelte. Das sind etwa 100 Euro im Jahr mehr als im Westen. Sachsen-Anhalts Landesregierung fordert, die Netzkosten in Ost wie in West gleichmäßig zu verteilen. Das würde die Kosten im Osten um ein Drittel reduzieren.